

Calmer Calblatt

Nr. 66.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Mk. 1.50. Reklamen Nr. 4. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 20. März 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 33.— vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 33.— mit Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur auswärtigen Lage.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen im Endstadium.

Genf, 19. März. Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind nunmehr in ihr Endstadium eingetreten. Der Präsident der Konferenz wird wahrscheinlich schon in den ersten Tagen dieser Woche den vorgesehene Vermittlungsversuch zwischen beiden Bevollmächtigten in den wenigen noch nicht gelösten Fragen vornehmen, um dann gegebenenfalls, wenn die Vermittlung erfolglos bleiben oder nicht in allen Punkten gelingen sollte, den Schiedspruch zu fällen. Präsident Calonder beabsichtigt, vor diesem Schiedspruch eine öffentliche Vollziehung der Konferenz einzuberufen, um den beiden Abordnungen Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt darzulegen.

Gegen die Abschneidung Ostpreußens von der Weichsel.

Königsberg, 19. März. Gegen die große Abschneidung Ostpreußens von der Weichsel, wie sie durch die am 13. März von der interalliierten Grenzfestsetzungskommission festgelegte Weichselgrenze eintritt, hat der Provinziallandtag einstimmig schärfsten Einspruch erhoben und verlangt, daß die Reichsregierung die Annahme dieser ungerechten, dem Friedensvertrag zuwiderlaufenden Entscheidung ablehne.

Die Zehntagezahlung geleistet.

Paris, 18. März. Die Reparationskommission teilt folgendes mit: Gemäß der Entscheidung der Reparationskommission, die in Cannes am 13. Januar getroffen wurde, hat Deutschland seinen in Auslandsdevisen an die vom Reparationsausschuß bezeichneten Banken eine sechste Zehntagezahlung in Höhe von 31 Millionen Goldmark geleistet.

Beginn der Vorkonferenz in London.

Paris, 20. März. Nach einer Havasmeldung aus London wird die erste Sitzung der englischen, französischen, italienischen, belgischen und japanischen Sachverständigen, die das Programm der Genuefer Konferenz prüfen sollen, heute vormittag im Handelsamt stattfinden. Die fünf Mächte werden von je 2 oder höchstens 3 Abgeordneten vertreten sein.

Besprechungen der neutralen Staaten über Genua.

Stockholm, 19. März. Die schwedische Telegrafagentur erzählt, daß am Sonnabend in Besprechungen zwischen dem schwedischen Ministerpräsidenten Branting, dem norwegischen Ministerpräsidenten Blehr, dem dänischen Minister des Aeußern Scavenius und den Gesandten einiger neutralen Mächte für das Genuefer Programm eine wesentliche Uebereinstimmung in Bezug auf die Stellungnahme dazu festgestellt wurde. Ein weiterer Meinungsaustrausch, der vor der Konferenz notwendig werden würde, werde zwischen den für die Konferenz gewählten Sachverständigen der hier in Betracht kommenden Staaten stattfinden. — „Evenska-Dagbladet“ zufolge waren außer den skandinavischen Staaten Holland, die Schweiz und Spanien bei der Besprechung vertreten.

Skandalöse Franzosenwirtschaft im ehemaligen Deutsch-Togo.

Paris, 18. März. In der Kammer stand heute die Interpellation des Abg. von Quadelepe Boisnelf über die Skandale bei der Liquidation der deutschen Güter in den französischen Kolonien, nämlich in Togo, und über die schlechte Behandlung der Eingeborenen zur Debatte. Der Interpellant teilte u. a. mit, daß der französische Staat der Gesellschaft für die Ausbeutung Togos sehr umfangreiche Gebiet auf 175 (!) Jahre abgetreten habe. Frankreich werde in seinen Kolonien alle Tage verraten. Die französische Regierung habe entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags unter den Eingeborenen militärische Zwangsrekrutierungen vorgenommen. Der Kolonialminister Sarraut führte die Behauptung Boisnelfs auf Nachrichten aus englischer Quelle zurück, deren Vertreter zwar Frankreichs Freunde seien, auf wirtschaftlichem Gebiete jedoch mit ihm in Konkurrenz ständen. Boisnelf behauptete demgegenüber, daß in der Kolonialverwaltung von Togo nicht alles zum besten stehe. Der Kolonialminister selbst habe ihm gegenüber vor zwei Tagen dies auch zugegeben. Auf Widerspruch des Ministers zitierte Boisnelf mehrere Dokumente, denen zufolge die Bevölkerung von Togo in einem wahren Sklavenzustand lebt. Auf Wunsch des Kolonialministers wurde die weitere Verhandlung auf Montag vertagt.

Ein Vertrauensvotum der italienischen Kammer für die neue Regierung.

Rom, 20. März. Nach Beendigung der Aussprache über die Regierungserklärung nahm die Kammer ein Vertrauensvotum mit 275 gegen 89 Stimmen an.

Die kroatische Abtrennungspolitik in Südslavien.

Belgrad, 19. März. Das Ministerium des Aeußern erhielt die Nachricht, daß das Memorandum des kroatischen Bloß tatsächlich der italienischen Regierung übergeben wurde, damit sie es an den Obersten Rat in Paris weiterleite, was jedoch die italienische Regierung ablehnte.

Die politische Krise in England.

London, 18. März. Die Wahrscheinlichkeit, daß bald Neuwahlen stattfinden werden, ist, nach einer Mitteilung von maßgebender Seite, jetzt wenig groß. Es wird angenommen, daß wenn Lloyd George nach der Konferenz von Genua zurücktrete, eine konservative Regierung gebildet werden würde, die die Geschäfte bis zum Herbst weiter führe, und dann mit einem neuen Programm vor die Wählerschaft trete.

Der Aufstand in Englisch-Ostafrika beendet.

Johannesburg, 18. März. Die Gewerkschaften haben den Streik für beendet erklärt. Ministerpräsident Smuts hat einen Aufruf erlassen zur Unterstützung der durch den Landaufland geschädigten Personen.

Fortdauer der Unruhen in Aegypten.

Kairo, 18. März. Während der ägyptische König von der Parade zurückkehrte, fanden feindliche Demonstrationen statt. Die Menge bewarf die Polizei mit Steinen. Die Polizei feuerte auf die Menge und verwundete mehrere Personen.

Ein gegen Rußland gerichtetes politisches Abkommen der Randstaaten.

Warschau, 18. März. Das von den baltischen Ministern unterzeichnete politische Abkommen betreffend die gegenseitige Anerkennung der mit Rußland abgeschlossenen Verträge sowie der administrativen und wirtschaftlichen Abmachungen, die in der nächsten Zeit zwischen den auf der Konferenz vertretenen Staaten abgeschlossen werden. Der Vertrag verpflichtet die angeführten vier Staaten, keine Verträge abzuschließen, die gegen irgend einen der Kontrahenten gerichtet wären. Weiter löst er die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und verpflichtet die Staaten zu wohlwollender Neutralität im Falle eines nicht provozierten Angriffs gegen einen der Kontrahenten. Nach Unterzeichnung des Vertrags ergriß der polnische Minister des Aeußern das Wort und sagte, daß dieser Vertrag zur Stärkung des Friedens und zur günstigen Entwicklung der beteiligten Staaten beitragen werde. Im Namen der estländischen, finnischen und lettischen Delegation sprach der lettische Ministerpräsident und Minister des Aeußern, Mayerowitsch, und stellte fest, daß die vollbrachte Arbeit den Bund der baltischen Staaten stärke, dem auch in Zukunft Litauen angehören werde.

Trozkis begehrt einen neuen Angriff gegen Sowjetrußland.

ABC. Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Die gesamte bolschewistische Presse ist mit längeren Aufsätzen, Mitteilungen und sensationellen Meldungen über angeblich bevorstehende neue Angriffe auf Sowjetrußland angefüllt. Auf einer Sitzung der Moskauer Sowjets erklärte der Vorsitzende des revolutionären Kriegssowjets der Republik, Trozki, daß der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch zum Oberbefehlshaber eines aus dem Kaukasus gegen die Bolschewisten vorrückenden Heeres ausersehen sei. Die Moskauer Iswestija spricht voll Besorgnis von der Rezentrierung der Wrangel-Armee auf dem Balkan und der angeblichen Formierung antibolschewistischer Truppenteile in Finnland, Estland, Lettland, Polen und Rumänien. Das offizielle bolschewistische Blatt schlägt dabei hochpatriotische Töne an und spricht davon, daß die Sowjetregierung niemals zulassen werde, daß die kapitalistischen Ausbeuter dem russischen Volke das Blut ausaugen. Auf Befehl der Moskauer Zentralregierung veröffentlicht die gesamte bolschewistische Presse alarmierende Aufsätze, in denen ausgeführt wird, daß Sowjetrußland in allernächster Zeit mit neuen Angriffen rechnen müsse. Trozki erklärte in der erwähnten Sitzung des Moskauer Sowjets, daß die nächsten Monate neue schwere Prüfungen Sowjetrußland bringen würden.

Amerikanische Ansichten über Europa.

Paris, 19. März. Der gestern in Frankreich angekommene amerikanische Bankier Vanderlip erklärte einem Redakteur des „New York Herald“, er habe den Eindruck, daß Europa sich einbilde, daß die Vereinigten Staaten sich augenblicklich in einer schlechten Lage befänden. Die Lage habe sich in den letzten Monaten wesentlich gebessert. Er sei niemals so optimistisch in Bezug auf den amerikanischen Handel gewesen wie heute. Man habe Europa Geld geliehen und werde dies auch noch eine gewisse Zeit fortsetzen. Man scheine jedoch in gewissen Kreisen zu vergessen, was man Amerika schuldig sei. Nach

seiner Ansicht würde jede Annulierung der Schulden ein Fehler sein. — Der Ton, in dem die Herren Amerikaner über Europa sprechen, wird immer hübscher.

Ausland.

Monopolisierung der elsässischen Kaliindustrie.

Paris, 18. März. In der gestrigen Kammeritzung, in der die Beratung über die Verpachtung der Kaligruben in Elßaß-Lothringen fortgesetzt wurde, ist in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 250 Stimmen beschlossen worden, den Gesetzentwurf des Abgeordneten Belache in Betracht zu ziehen. Dieser Entwurf zielt darauf ab, im Gegenseitigen zu der Regierungsvorlage die Kaligruben nicht an drei verschiedene Gesellschaften, sondern nur an eine einzige zu verpachten. Die elsässisch-lothringischen Abgeordneten nahmen das Ergebnis der Abstimmung mit Befall auf.

Drohender Streik in der englischen Schiffbauindustrie.

London, 18. März. Wie die Blätter melden, sind die Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitern in der Schiffbauindustrie gescheitert. Es droht eine Stilllegung in der Industrie für Ende März, durch die unmittelbar 300 000 Arbeiter, mittelbar aber noch viele weitere Hunderttausend betroffen würden.

England und die russische Hungersnot.

London, 18. März. Im Unterhaus fand gestern die Debatte über die Frage der Gewährung eines Beitrags der britischen Regierung zur Verminderung der russischen Hungersnot statt. Von Seiten der Regierung waren 100 000 Pfund Sterling vorgeschlagen worden. Das Parlamentsmitglied Bernes erklärte, 20 Millionen Rublen seien täglich von Hungersnot bedroht. Wenigstens 10 Millionen würden in diesem Jahre sterben, wenn nicht Schritte getan würden, um die Ueberlebenden zu ernähren und Saat Korn für die nächste Ernte zu verschaffen. Bernes fragte, ob die Regierung nicht mehr tun könne als beabsichtigt sei, und schlug eine Zuwendung von 500 Millionen Pfund Sterling vor. Grady erklärte, die Schrecken, die er mit eigenen Augen in Rußland gesehen habe, überträfen bei weitem die Schrecken des ganzen Infernums. (Schilderung der Höllequalen.)

Die bedrohliche Lage des Transportwesens in Rußland.

ABC. Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Die Finanzlage der bolschewistischen Eisenbahnen ist ungeachtet der fortgesetzten hundertprozentigen Tarifierhöhungen eine verzweifelte. Die Einnahmen der Eisenbahnen beliefen sich zum 1. März auf 29 Millionen Goldrubel, denen Ausgaben in Höhe von 125 Millionen gegenüberstanden. Es ergibt sich somit ein Defizit von 14 Trillionen 100 Milliarden Papierrubeln, das sich bei Hinzurechnung der Verschuldung des Verkehrsministeriums für 1921 um 1,2 Trillionen erhöht. Auf vielen Linien haben die Arbeiter bisher noch nicht einmal ihren Novemberlohn ausbezahlt erhalten und dabei beträgt das Monatsgehalt eines Angestellten 165 000 Rubel, eine Summe, für die er sich kaum 8 Pfund Brot kaufen kann. In einer gleich schwierigen Lage befinden sich die Bahnen, was ihre Belieferung mit Material anbetrifft. In dieser Beziehung ist eine ungeheure Verschlechterung gegenüber dem Jahre 1920 festzustellen. Während damals noch 72 Prozent des erforderlichen Gußeisens von der Montanindustrie geliefert werden konnten, sind es gegenwärtig nur noch 7 Prozent! Die Belieferung mit Eisen und Babbit ist von 89 auf 10 bezogen. 13,64 Prozent zurückgegangen. Unter solchen Umständen können die Bahnen natürlich den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden und die Sowjetpresse berichtet täglich über neue Fälle von Minderungen und Bestrafungen.

Sibirien cholera bedroht.

Moskau, 18. März. Wegen der Cholera-Erkrankungen in Petropawlowsk ist Sibirien als cholera bedroht erklärt worden.

Ein politisches Attentat in Tokio.

Paris, 19. März. Eine Havasmeldung aus Tokio bestätigt die Nachricht eines beabsichtigten Attentats gegen den kaiserlichen Palast. Der Attentäter, der bei dem Versuch, das Schloß zu überschreiten, durch die Explosion der Bombe, die er bei sich trug, getötet wurde, sei ein Arbeiter namens Fujita. Er habe eine Bittschrift für den Kaiser bei sich getragen, in der er Klage darüber führe, daß die Regierung das allgemeine Wahlrecht verweigere. Man glaube, daß der Minister des Innern und der Polizeichef zurücktreten werden.

Reichstag.

Beratung des Mantelgesetzes der neuen Steuervorlagen.

Berlin, 17. März. In Beantwortung von Anfragen in der heutigen Sitzung des Reichstags erklärte die Regierung auf eine solche der Demokraten betreffend die Häufung der Wundenüberfälle auf Banken und Geschäftshäuser in Oberschlesien, die Tatsache sei ihr bekannt, sie könne aber kaum etwas unternehmen, da ihr die Gewalt in Oberschlesien fehle. — Auf eine kommunistische Anfrage nach Maßnahmen gegen die Not der Kleinrentner wurde erwidert, daß alle Einzelkämpfer mit einer Ausnahme diese Zuschüsse bereits erhalten hätten, sodas der Notlage nunmehr begegnet werden könne. — Hierauf wurde mit 12 gegen 9 Stimmen beschlossen — so schwach war das Haus besetzt, — die Sitzung abzubrechen, da kein für die Steuervorlagen zuständiger Regierungsvertreter anwesend war. Kurz nach 2 Uhr begann die neue Sitzung, die jetzt gut besucht war, worauf die Beratung des Mantelgesetzes fortgesetzt wurde. Abg. Dr. Wedershausen (D. V. P.) hätte gewünscht, wenn an Stelle des Finanzministers der Reichskanzler selbst das Wort genommen hätte, was mehr der Würde des Hauses und der Wirkung nach außen entsprochen hätte, und stellte fest, daß das ursprüngliche Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern durch die Zwangsanleihe wesentlich verschoben worden sei. Seine Partei sei über das Kompromiß nicht besonders erfreut, es sei aber gelungen, die Frage der Verteilung zu mildern. In Auseinandersetzung mit den gestrigen Ausführungen Dr. Helfferichs erklärte der Redner, diese Steuern sollten nur den Zwecken des innern Haushaltes dienen. Die Revision des Friedensvertrages müsse kommen, doch dürfe sie nicht dadurch erschwert werden, daß nach außen der Anschein erweckt werde, als sei Deutschland nicht guten Willens, Ordnung zu schaffen. Der Redner zählte dann die durch die Mitwirkung seiner Partei erzielten Verbesserungen an den Steuervorlagen auf und stellte fest, daß die Regierung deren Denkschrift zu den Richtlinien ihrer künftigen Politik machen wolle. — Abg. Herold (Z.) betonte, daß bei dem Kompromiß jede Partei Opfer bringen müsse. Unrichtig sei, daß der Volk zu wenig belastet sei. Der Redner begrüßte die Mitarbeit der Sozialdemokratie und sagte, daß die Deutsch-Nationalen die Opposition über die Staatsnotwendigkeiten stellten. Sie kritisierten nur, ließen es aber an festen Vorschlägen fehlen. — Abg. Enke (U. S. P.) gab seiner Freude über den Streit zwischen den beiden Rechtsparteien Ausdruck, polemisierte gegen die Mehrheitssozialdemokratie und erklärte, auch seine Partei unterstütze die Politik des guten Willens. Das Mantelgesetz lehne sie aber ab. — Nachdem Abg. Dr. Geher (Kom. Arb.-Gem.) mit Rücksicht auf das völlig leere Haus Vertagung beantragt hatte, wurden durch Namensaufruf 288 Abgeordnete als anwesend festgestellt, worauf in namentlicher Abstimmung mit 249 gegen 54 Stimmen der Vertagungsantrag abgelehnt wird. — Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) erklärte, bei der Steuergesetzgebung seien für seine Partei in erster Linie außenpolitische Rücksichten maßgebend gewesen. Der Redner gibt dann ein Bild von dem Niedergang des deutschen Volksvermögens und betont, daß eine Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, ebenso eine Zurückführung der Reparationslasten in die Grenzen des Erfüllbaren und eine Stabilisierung des Wechselkurses notwendig seien. Das Kompromiß habe den Vorteil, daß es trotz der hohen Lasten eine gewisse Ruhe bringe und daß die Wirtschaft wenigstens wisse, woran sie sei. — Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Hermes seinem Bedauern Ausdruck verliehen hatte, daß der Abg. Vernstein gestern im Zweifel gezogen habe, daß in Deutschland die Besteuerungen höher seien als in anderen Ländern, was uns bei seinem großen internationalen Ansehen im Auslande höchst nachteilig sei, wurde die Weiterberatung auf morgen nachmittag 1 Uhr vertagt.

Berlin, 18. März. Die Sitzung beginnt um 1 Uhr. Die Beratung des Mantelgesetzes zu den Steuervorlagen wird vor fast völlig leeren Bänken fortgesetzt. Abg. Emminger (D. V. P.) führt auch diese Steuern auf den Druck der Entente zurück, genau wie die Brotversteuerung und die Belastung des bayerischen Bieres bei der Alkoholfsteuer. Bei der Umsatzsteuer könne auf die Inzeratensteuer nicht verzichtet werden. Wenn wir das ganze Zeitungswesen herausnehmen würden, so würde eine große Lücke entstehen. Die Notlage des Zeitungsgewerbes hänge zwar mit dieser Belastung zusammen, der Hauptgrund liege aber nicht in der Steuer, sondern in der Bewegung der Holz- und Papierpreise. Seine Partei sei bereit, bei der Inzeratensteuer bis an die äußerste Grenze des Notwendigen zu gehen. Aber alle diese Opfer würden nicht ausreichen, denn das Reparationsfah habe ebensoviele einen Boden wie das Fah unseres Haushaltes. Um dem Kompromiß sei seine Partei nicht beteiligt, stimme ihm aber zu, weil sie nicht wolle, daß wir ohne Gnade in die tiefsten Tiefen des Abgrunds rollen. Redner tritt für eine große internationale Anleihe ein und erkennt an, daß das Kabinett Wirth sich bemühe, das Beste für unser Vaterland herauszuholen, was nach dem verlorenen Kriege möglich sei. Gewünscht hätten wir, daß gleichzeitig eine kleine Novelle zum Erbschaftsteuergesetz eingebracht worden wäre, denn die 5000 Mark-Grenze ist nicht mehr angebracht. Bismarck muß auch hier der Geldentwertung Rechnung getragen werden. Technisch, wirtschaftlich und moralisch sind wir mit Steuern so belastet, daß endlich ein Schluß gemacht werden muß. — Abg. Dr. Geher (Kom. Arbeitgem.) lehnt die Vorlagen ab, weil sie eine ungeheure Belastung der Arbeiterschaft darstellen und nur zu immer neuen Lohnbewegungen führen. — Abg. Könen (Komm.): Durch die Steuer nimmt man den Massen die letzten Mehreinkünfte, die sie sich mühsam errungen haben. Wo bleibt die Aufbesserung für die Kriegsoffer? Wo sind die warmen Herzen für die Kriegsoffer, die so warm für die Weisheitsperle des Eisernen Kreuzes eintreten? Die neuen Steuern werden doch wieder auf die Arbeiterschaft abgewälzt und die Mehrheitssozialdemokraten machen dieses Spiel mit, obwohl sie sich über die Folgen klar sind. Der gleiche Reichstag, der dieses schamlose Treiben begünstigt, setzt die Liebesgabenpolitik fort, wie wir sie beim Branntweinmonopol gesehen haben. Er will das Brot weiter verteuern, nicht aber den Wein. Das ist Bankrott-Wirtschaft, und wir werden die Erben dieser Wirtschaft sein. Die großen Streiks sind die ersten Signale dazu und wir werden alles

tun, um dieser Bewegung ein klares politisches Gepräge zu geben und sie zum Nutzen der Arbeiter zu führen.

Damit schließt die Generaldebatte über das Mantelgesetz. — Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Einzelberatung des Steuergesetzes. Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Der Fall Hermes.

Berlin, 18. März. Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, worin der Vorstand der Fraktion erneut an die Reichsregierung das Ersuchen richtet, zu den in dem Schreiben der Fraktion vom 10. März mitgeteilten Tatsachen in der Weinangelegenheit des Reichsernährungsministers Dr. Hermes Stellung zu nehmen und diese Stellungnahme der Fraktion der U.S.P. zu übermitteln. Laut „Vossischer Zeitung“ soll die Fraktion der Unabhängigen beschließen haben, eine Interpellation im Reichstag einzubringen, wenn auch dieses Schreiben an den Reichskanzler unbeantwortet bleiben sollte.

Erhöhte Einnahmen bei der Post.

Berlin, 18. März. An die der Presse gestern vom Reichspostministerium gemachten vorläufigen Mitteilungen über die Deckung der durch die neue Befolungsregelung und die gesteigerten Materialpreise entstehenden Mehrausgaben knüpfen einige Zeitungen die Bemerkung, daß die Post selbst einsehe, daß sie mit der letzten Gebührenerhöhung Kastro gemacht habe. Eine solche Schlussfolgerung ist irrig. Vielmehr ergeben die Einnahmen der Monate Januar und Februar, daß die Vorausberechnungen über den erstrebten Mehrbetrag sich voll erfüllt haben. Der Januar hat acht Millionen Mark mehr als ein Zwölftel des nach den neuen Gebühren berechneten Solls erbracht und der Februar vier Millionen mehr, obwohl ein Teil der sonst im Januar vorkommenden Auflieferungen noch in den Dezember gefallen ist und der Verkehr eine Woche lang durch den Eisenbahnstreik gestört war. Hiernach kann angenommen werden, daß die Folgezeit noch günstigere Ergebnisse mit sich bringen wird.

Die Ueberfremdung Berlins aus dem Osten.

Berlin, 20. März. Infolge der in erschreckender Weise wachsenden Einwanderung östlicher Elemente nach Berlin erhielten Streifen der Passkontrolle der Berliner Kriminalpolizei den Auftrag, in Lokalen, in denen die östlichen Zuwanderer zu verkehren pflegen, die Gäste auf ihre Einreiseerlaubnis zu kontrollieren. Hiefür kam vor allem das Weinrestaurant Strelina in Wilmersdorf in Frage. Dort begann der Hauptbetrieb immer erst nach Schluß der Polizeistunde. In der Nacht zum Sonntag erschien in diesem Restaurant eine Streife der Berliner Kriminalpolizei und fand dort über 100 Personen bei einem Sektgelage. Der Wirt gab den Beamten an, daß es sich um einen Verein „Club Kurfürstendamm“ handele. Diese Erklärung stellte sich sogleich als falsch heraus. Fast keiner der Anwesenden konnte deutsch sprechen. Bei einer Passkontrolle ergab sich, daß sich unter den Gästen 80 Russen und Polen befanden. Alle Gäste wurden sistiert und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dort wurde festgestellt, daß sich unter den Sistierten mehrere frühere Mitglieder der russischen Roten Armee und auch hohe Offiziere des früheren Zarenreichs befanden. Das russische Dalaleika-Quartett, das nachts in dem Restaurant spielt, besteht aus einem bekannten russischen Fürsten und seiner Frau, einem russischen Baron und anderen Landsleuten. Diese gaben an, daß sie sich auf diese Weise ihren Lebensunterhalt schaffen müßten da sie durch die Bolschewisten ihr Hab und Gut verloren hätten. Ein großer Teil der Sistierten wurde in Haft behalten und soll über die östliche Grenze abgeschoben werden. Die mit ordnungsmäßigen Pässen versehenen Personen wurden sofort wieder entlassen.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 19. März. Wie die Kreuzzeitung hört, hat der ehemalige Generallandchaftsdirektor Kapp gegen den abzulehnen Beschluß des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht vom 9. März betreffend seine Selbststellung das Rechtsmittel der Beschwerde beim ersten Strafsenat des Reichsgerichts eingelegt. — Die sozialdemokratische Partei und die Unabhängigen veröffentlichten Aufrufe zur Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe und Demonstrationen. Nach einem Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission und des großen Berliner Ortskartells der Ufa sollen die Arbeiter Groß-Berlins am 1. Mai vormittags 11 Uhr im Lustgarten demonstrieren, wobei Arbeitervertreter anderer (!) Länder sprechen werden. — Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Saarbrücken fordern die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Linksradikalen in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Regierungskommission des Saargebietes auf, nach einer baldmöglichst zu erfolgenden Aussprache mit den Führern der politischen Parteien Maßnahmen in der Richtung einer Volksvertretung für das Saargebiet anzuregen. Diese Volksvertretung soll nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundfätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Parteien fordern für die Volksvertretung volles Mitbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. März 1922.

Vom Rathaus.

(Schluß.)

* Die Inhaber der Siedlungsbauten an der Wegschleife der Altbürger Straße haben gegen die Höhe der ihnen überandten Kostenrechnung der Gas- und Wasserzuleitung Beschwerde erhoben mit der Begründung, daß ihnen Entgegenkommen in dieser Richtung versprochen worden sei. Stadtbauamteiler Herbolzheimer wies darauf hin, daß hier zum erstenmal die Zuleitung nicht vom Hydranten abgeleitet wurde, sondern Abzweigungen mit Schiebern vorgenommen worden seien. Wie der Vorstehende mittelst, wurden bisher die Anschlußkosten von der Hauptleitung aus berechnet, was man der

Konsequenzen halber auch beibehalten sollte. Die Kosten betragen insgesamt ab Hauptleitung 6694 M., ab Schieber 3648 M. Auch G. R. Sannwald fand es nicht richtig, wenn die Kosten erst vom Schieber ab berechnet werden, weil dieser ja eine ganz verschiedene Entfernung von der Hauptleitung haben könne, wofür dann stets die Stadt aufzukommen habe. Nachdem G. R. Staudenmeyer sich für ein Entgegenkommen gegenüber den Siedlern ausgesprochen hatte, wurde beschlossen, ein Drittel der Kosten auf die Stadt zu übernehmen. — Die städtischen Gebäude kosten bei der würt. Gebäudebrandversicherung von der seither 15fachen bis zur 20fachen Uebertreibung versichert werden. — Buchhändler Dipp plant neben dem von Kaufmann Widmaier erworbenen Anwesen an der Panoramastraße ein Haus zu erstellen, und ersucht um käufliche Abtretung des betreffenden städtischen Areals. Das Gesuch wird genehmigt, unter der Bedingung, daß der Gesuchsteller innerhalb Jahresfrist baut. Das qm wurde ebenfalls mit 6 M. berechnet. — Wie die Bezirkspflegerin Frl. Baure mittelst, ist wieder ein Bedürfnis für die Abhaltung eines Abendnästkurses vorhanden; das Kollegium zeigt sich damit einverstanden. Frau G. R. Konz gab dabei dem berechtigten Wunsch Ausdruck, daß an dem Kurse auch diejenigen jungen Mädchen teilnehmen möchten, für die er berechnet sei, damit es nicht so gehe wie beim Säuglingskurs, an dem nur eine Arbeiterin teilgenommen habe. — Dem neu gegründeten Verband würt. Milchbedarfsgemeinden soll beigetreten werden, unter der Bedingung, daß Pforzheim ebenfalls beiträgt. Der Zweck des Verbands ist nämlich die Ermöglichung einer einheitlichen Preisfestsetzung beim Bezug von Milch, die eingehalten werden müsse. Trete Pforzheim nicht bei, so sei der Beitritt Calws so ziemlich wertlos. — Wie schon mitgeteilt, wurden in letzter Zeit einige städtische Holzverkäufe vorgenommen. Zum Verkauf standen 635 Reifsigwellen und 36 Flächenlose mit einem Anschlag von 5059 M.; gelöst wurden 19 537 M. Für 104 Nm. Laubholz wurden bei einem Anschlag von 13 930 M. 57 645 M. erzielt. Zur Charakterisierung der unsinnigen Preisstreiberieue führt die Stadtpflege an, daß beispielsweise ein Flächenlos mit einem Anschlag von 100 M. ein Höchstgebot von 685 M. erzielt habe, und 2 Nm. buchene Scheiter mit einem Anschlag von 320 M. auf 1420 M. gesteigert worden seien. Der Bericht weist ferner darauf hin, daß von Seiten der Beamten alles getan worden sei, um den Preisstreiberieue entgegenzuwirken; aber alle Bemühungen seien nutzlos gewesen. G. R. Mah teilte zu der Frage der Brennholzbeschaffung noch mit, daß er als Vertreter der Gewerkschaften mit Formmeister Lechler-Hirsau Rücksprache genommen habe. Diese habe ihm mitgeteilt, daß er nur 2000 Nm. zur Verfügung habe, welche an die Gewerkschaften, die Innungen, die Spar- und Darlehenskasernenvereine auf dem Lande, an die Lehrervereinigung usw. im Wege der Abgabe verteilt werden sollen. Man solle in der Holzbeschaffungsfrage nichts überhastigen. Er (Mah) habe dann auf den großen Bedarf hingewiesen, und bemerkt, daß für die Landbevölkerung die Waldgemeinden doch mehr herangezogen werden sollten.

Kinderliederabend von Fräulein Helene Kausler.

Das Kinderlied ist eine besondere Gattung des Kunstliedes. Es ist am nächsten verwandt mit dem Volkslied, da es gleich dem Volkslied sich vornehmlich an den naiven Zuhörer wendet und mittelbar verstanden sein will. Frl. Kausler hat wie sie selbst sagte, bei ihrem Konzert am Samstagabend versucht, eine Reihe ganz moderner Kinderlieder zu geben, und es war eine wahre Freude zu sehen, daß auch unseren modernen und sonst nicht so leicht eingänglichen Liedern, wie J. Haas, Weismann und Regner Melobien zur Verfügung stehen, die ganz von selbst von Herz zu Herzen reden. Das ist wirklich beste Hausmusik, die man sich in recht vielen Häusern wünschen möchte. Die Künstlerin hat es verstanden, lauter Proben zu geben, die den höchsten Maßstab an die Kunst legen lassen. Freilich sind die meisten dieser Lieder, wie Frl. Kausler selber sagte, mehr zum Hören für die Kinder geschrieben als zum Singen, da sowohl Singstimme als Begleitung große Anforderungen an das Können stellen. Die Ausführung der Lieder durch Frl. Kausler war, das muß gesagt werden, eine geradezu ideale. Nur eine gereifte Persönlichkeit vermag es, eine Stunde lang auch für die erwachsenen Kinderlieder so zu singen, daß sie nicht ermüden. Die Künstlerin hat es aber verstanden, jedes einzelne Lied so zu charakterisieren und bis ins kleinste hinaus zu gestalten, wie es nur die Sängerin vermag, die sich den Stil der Liedgattung vollkommen zu eigen gemacht hat. Darum war auch das Konzert am Samstag das beste, das wir je in dieser Art gehört haben. Seltene Freude lag auf den Gesichtern der recht zahlreich erschienenen kleinen und großen Zuhörer beim Lied vom Brunnhummel, vom Osterhasen, vom Hahnemann, Schneek, Grasmücken und wie sie alle heißen. Regers Lied vom Brüderchen und Schwesterchen, ein Kabinettstück in Erfindung und Wiedergabe, mußte wiederholt werden. Für den Kenner ein ganz besonderer Genuß war es, das feine Klavierpiel zu hören, und besonders auch zu sehen. Dieses freie Spiel ohne Hilfe der Augen macht Frl. Kausler nicht gleich jemand nach. Sie fand vom ersten Lied an die geistige Fühlung mit allen Zuhörern und hielt Alt und Jung bis zuletzt in ihrem Bann. Sicherlich vermag das nur eine geistig wie musikalisch überlegene Künstlerin. Wir hätten ihr nur noch mehr Zuhörer aus allen Schichten der Stadt gewünscht, das ist volkstümliche und beste Unterhaltung und musikalische Unterweisung der Jugend allerersten Ranges.

Wegnehmen der Zeitung aus dem Hausflur ist Diebstahl.

Daß die von den Zeitungsträgern in den Hausfluren niedergelegten Zeitungen von unbefugten Personen weggenommen werden, ist keine Seltenheit; es ist aber nach einem Gerichtsbescheid als Diebstahl anzusehen und strafbar. Die Strafkammer in Duisburg hatte einen Zeitungsmörder mit 300 Mark Geldstrafe bedacht und nur deshalb dieses milde Urteil gefällt, weil sie die Straftat als Unterschlagung betrachtete.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Die Störung macht gegen den Hochdruck im Osten langsame Fortschritte. Am Dienstag und Mittwoch ist zunächst noch mildes, in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Der Frühfang genannt der Mittelfang Das ist am 2. das Zeichen gang genau im Westpunkt haben Frühlingsbi zum 21. weiter gegen fang zu und von 12 Stunden 16 Stunden es jetzt her Frühling (19. März) Anfang des ein Ende. W rüd und die bälteren W B aufsteigende feuer an und bräuche, die Sonntag „S in Zürich an

* Ostf für d in 85 Prozent wurde Verw Seeger, meinderals i

(S. 3.) 30 000 Met Landes läuft der neuen Sperrungen b tag nachmitt Samstag 17 sind nicht be 2000 Arbeit die Schwere Kündigung f zwei Drittel nahmen, gek turlheim 8 Tage gekü Belegschäft teten Teils, Um ist die eingetreten.

(S. 3.) des hiesige gerichtsdire halb des Co renen weg kommen je Schuß zu u Vorkommn spruchen. — ner u. Bött Schuldigpr Kerle! Da des Schwur Gericht auf des Bedau

4) Er läch den Blick machte und „Sm.“ Was redest heimlichen das Pfaffen ten, im Kl sein in die „Ganz alles, Mag eine jeder Geheimni ein so woh „Und Der Pr „Ja“ trat für ih merherr ist zeichnung u lich wichtig den übrigen gelegentlich nug davon, beginnen w sem Wetter Ehe no konnte, Inu gezogen. „Wer it Treppen hie erhebend u Er schob

Fuhrakkord.

Für die Zeit vom 1. April — 30. Juni 1922 werden im Akkord vergeben:

1. das städtische Fuhrwesen im bisherigen Umfang,
2. die Kohlenbefuhr zum Gaswerk,
3. die Koksabfuhr beim Gaswerk.

Schriftliche Angebote hierauf wollen bis zum 23. März 1922 11 Uhr vormittags eingereicht werden. Die Akkordbedingungen liegen in Zimmer 6 zur Einsicht auf. Calw, den 18. März 1922.

Stadtpflege: Frey.

Gemeinde Röttenbach Oberamt Calw.



Die hiesige Gemeinde-Jagd

bestehend in ca. 637 ha Feld- und Waldfläche kommt am Freitag, den 24. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus auf 3 bzw. 6 Jahre öffentlich zur Verpachtung. Unbekannte Bieter haben Vermögenszeugnisse neuesten Datums vorzulegen. Bemerkung wird, daß in der Balzzeit (Frühjahr) einige Auerhähnen abgeschossen werden können.

Gemeinderat
Vorstand: P r o m m e r.

Gehlingen d. A. Calw.

Eichen- und Buchen-Stammholz-Verkauf.



Aus dem Gemeindefeld Forwartsgrund, Dachtlerberg, Trauf, Mühlbecke und Grohbach kommen am

Donnerstag, den 23. März 1922

im öffentlichen Auktionsort an Ort und Stelle zum Verkauf:

50 Stück Bau- und Wagnereichen mit Fm.

2 I., 14 II., 6 III., 6 IV., 8 V. Kl.

5 Stück Rotbuchen mit Fm. 3 IV. Kl.

3 Stück Weißbuchen mit Fm. 1 IV. Kl.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus, Beginn im Dachtlerberg.

Den 18. März 1922. Schultheißenamt: S c h m i d t.

Oberhaugstett.

Stangen-Verkauf.

Nächsten Dienstag, den 21. März 1922 von vormittags 10 Uhr an, kommen im hiesigen Gemeindefeld zum Verkauf:

1. Baustangen I. Klasse - 78 Stück 13 16 m lang II. Klasse - 170 Stück 11/13 m lang
2. Hopfenstangen I. Klasse - 337 Stück 9/11 m lang II. Klasse - 449 Stück 7/9 m lang

Zusammenkunft im Ort.

Gemeinderat.

Gärtringen Oberamt Herrenberg.



Holz-Verkauf.

Aus den hiesigen Gemeinde- u. Stiftungswaldungen kommen zum Verkauf:

Am Donnerstag, den 23. März 1922:

Eichen 37 Stück 2,14 II., 3,41 III., 5,73 IV., 5,76 V., 1,41 VI. Kl.

Buchen 16 Stück 1,18 II., 8,15 III., 3,50 IV. Kl.

Baustangen 118 I.—III., Hagstangen 245 I.—III., Hopfenstangen 664 I. und II., 649 III.—V. Kl.

Anschließend aus den Freiherren von Hiller'schen Waldungen:

Baustangen 35 I. und II., Hagstangen 15 I.—III., Hopfenstangen 50 I. und II. Kl.

Zusammenkunft vormittags 8 Uhr beim Rathaus, Verkaufsbeginn 1/9 Uhr am Steinbruch, Straße Gärtringen-Deufringen.

Am Freitag, den 24. März 1922:

Eichen 130 Stück 30,86 V., 8,02 VI. Kl.

Birken 10 Stück 2,52 V. Kl., Linde 1 Stück 0,53, Kirschaum 1 Stück 0,17.

Zusammenkunft vormittags 8 Uhr beim Rathaus, Verkaufsbeginn 1/9 Uhr bei der Lehngrube an der Deckenpionner Straße.

Auszüge durch Forstwart Gierbach hier.

Gemeinderat.

Leigwaren jeder Art mit und ohne Ei empfiehlt stets frisch

Hermann Schürle

Bäckerei und Leigwaren-Geschäft.

Dringende herzliche Bitte!

Wiedereinmal sollen obereschlesische Kinder in Württemberg untergebracht werden. Etwa 120 Pflegeeltern standen noch zur Verfügung. Nun kommt unterhohft die Kunde, daß statt 100 Kinder 150 gesandt werden. Setzt gilt es, für die weiteren 50 eine Pflegefamilie auf etwa 6 Wochen zu schaffen. Die Landesstelle Württemberg der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier bittet

etwa 20 Oberschlesier-Kinder im Oberamt Calw unterzubringen, das durch seine Hilfsbereitschaft für Oberschlesien so rühmlich bekannt ist.

Es ergeht nun die dringende Bitte vor allem an die landwirtschaftliche Bevölkerung, sich zur Aufnahme von obereschlesischen Kindern

auf 6 Wochen

bereit zu erklären. Den Kindern soll es ermöglicht werden, durch den Aufenthalt in einer ruhigen gesunden Gegend sich von all dem schweren, was sie in ihrer Jugend schon durchgemacht haben, zu erholen.

Es ist zu hoffen, daß sich genügend hilfsbereite Familien finden, um die 20 kleinen Flüchtlinge aufzunehmen. Es handelt sich laut Meldung der V. V. h. D. um wirklich hilfsbedürftige Kinder im Alter von 10—12 Jahren. Freundliche Meldungen nehmen entgegen

Dekan Zeller. Stadtpfarrer Leikus.

Frau E. Sannwald, Vorsitzende d. Landwirtsch. Hausfrauen-Vereins

Die Kinder treffen schon am nächsten Mittwoch, den 22. März mittags in Stuttgart und abends 7.32 Uhr in Calw ein. Da sie erst während Tags zu den Pflegeeltern gebracht werden, gilt es wie seither schon

Nachtlogis und Verpflegung für 20 Kinder zu stellen. Meldungen von hilfsbereiten Calwer Familien zur Beherbergung der Kinder von Mittwoch auf Donnerstag wolle man am Dienstag Nachmittag beim

Stadtschultheißenamt abgeben.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Landesstelle

Württemberg u. Hohenzollern. S. A.: B. May, Vertrauensmann.

Hohe Belohnung!

Letzten Samstag wurde

auf dem Weg vom Waldhorn zur Neuen Handelsschule (Vorstadt—Alte Altbürgersteige) ein dunkelbrann.

Damen-

Pelzkragen

verloren.

Abzugeben gegen 200 Mk. Belohnung in der Neuen Handelsschule.

1 Britischen-

Wagen

ist mir ein brauner

Wildboden-

Hund.

Abzuholen innerhalb 8 Tagen gegen Einrückungsgebühr u. Futtergeld bei

Gg. Kalmbach, Altburg.

1 Bierführer

kann eintreten bei

R. Müller, a. Linde, Calw

Suche auf 1. April oder 1. Mai tüchtiges, nicht unter 18 Jahre alt. Mädchen für kleineren Haushalt. Frau Elise Müller, Pforzh.-Brötzingen Westliche Karl Friedrichstraße 275.

Fleißiges, ehrliches Mädchen auf 15. April gesucht. Frau Sindienassefor Nupp Bahnhofstraße 410. Vorzustellen a. M. 5-7 Uhr nachmittags.

Wegen plötzlicher Erkrankung meines seitherigen Mädchens, welches 3 1/2 Jahre bei mir war, suche ich für sofort oder 1. April ein erlahrenes, ehrliches und zuverlässiges Mädchen. Monatslohn 300 Mark. Familiäre Behandlung. Frau Friedrich Frommer, Café u. Konditorei a. Linde, Pforzheim-Brötzingen, weilt. Karl-Friedrichstr. 257.

Bettmässen Befreiung sofort. Auskunft umsonst. Alter u. Geschlecht angebl. Dr. med. Heusmann & Co. Velburg 230. (Bayern).

1 Britischen-Wagen m. Halbsiedern, 60—80 Ztr. Tragkraft, 1 älteren Leiter-Wagen mit starken Achsen und Rädern, 1 offenen Schuppen 7 m lang, 5 1/2 m breit, 4 m hoch Andler, zum „Hirsch“, Bad Teinach.

Der Mieterverein behauptet, in Calw habe eine Erhöhung der Mieten um das 3—5fache der Friedensmieten stattgefunden. Wir fordern ihn auf, die Namen der betreffenden Hausbesitzer zu nennen. Wäre seine Behauptung wahr und hätte der Mieterverein eine derartige Steigerung nicht verhindert, so würde er seine angebliche Aufgabe schlecht erfüllt und damit den Beweis für seinen Mangel an Dafeinsberechtigung selbst geliefert haben. Erfolgt die von uns geforderte Veröffentlichung der Namen nicht, so ist das Vorbringen des Mietervereins nichts anderes, als eine unwahre und leichtfertige Behauptung, ein weiterer Versuch, die Mieterschaft aufzuheben.

Bei gewissen Leuten wirkt die Feststellung von Tatsachen wie ein rotes Tuch und, wenn man die Wahrheit sagt, nennt man dies „ausreizend“. Wir haben die Wahrheit gesagt und die Zustimmung aller billig Denkenden auf unserer Seite.

Nachdem der Mieterverein alle Versuche, zu einer gütlichen Einigung zwischen hiesigen Vermietern und Mietern zu kommen, bisher absichtlich verhindert hat, nachdem er die vernünftigsten Anregungen, z. B. die Abschätzung der Mietwerte durch eine amtliche Kommission in freiwilligem Schiedsgerichtsverfahren, durch Abberufung seiner Schlichter gewaltsam verhindert hat, seither hat er für uns und alle vernünftig denkenden Mitbürger aufgehört, eine Organisation zu sein, deren Leitung ernst genommen werden kann. Wenn es dafür eines weiteren Beweises noch bedürfte, so wäre ein solcher seine Veröffentlichung vom 17. ds. Mts. Jede weitere Erörterung mit ihm ist deshalb zwecklos.

Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.

Wolldeckenfabrik Weilderstadt U. G., Weilderstadt.

Die zweite ordentliche General-Versammlung

findet am

Freitag, den 7. April ds. Js., nachmittags 2 1/2 Uhr, in Weilderstadt, im Gasthof zum „Döhen“ statt.

Die Herren Aktionäre werden dazu eingeladen mit der Aufforderung, spätestens am dritten Tage vor der General-Versammlung ihre Aktien bei dem Vorstand der Gesellschaft, bei einem Notar oder bei dem Bankhaus Doertenbach & Co., G. m. b. H. in Stuttgart zu hinterlegen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstands nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1921 sowie Anträge und Bemerkungen des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.

Weilderstadt, 6. März 1922.

Der Vorstand: Sof. Beyerte. Schnaufer.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau eines Einfamilienhauses beim Bahnhof in Bad-Liebenzell habe ich

sämtliche Bauarbeiten zu vergeben.

Pläne, Bedingungen und Arbeitsbefehle können vom Mittwoch, den 22. ds. Mts. an in den Vormittagsstunden auf meinem Büro in Pforzheim, Salierstr. 58, am Donnerstag, den 23. ds. Mts. nachmittags von 8—7 Uhr im Kaffee Schönen in Bad-Liebenzell eingesehen werden. Angebote sind bis spätestens Samstag, den 25. März 1922 bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist beträgt 5 Tage.

Pforzheim, den 18. März 1922. A. Geist, Architekt B. D. U.

Wand-Kalender für 1922

mit Märkte-Verzeichnis

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

Liebenzell. Dauermieter 2 solide Herrn (Beamte) in Liebenzell suchen auf 1. April für dauernd 2 möblierte Einzelzimmer

Zur Saat Rotklee (dreiblättriger Klee), Luzerne (ewiger Klee), Gelbklee (Hopfenklee), Bajarbätklee (schwed. Klee), Lymothee (Pflanzensamen), Grasamenmischungen, Wicken, Knaultrüben (Kirche's Ideal), Gartenjamen aller Art (Kleearten und Lymothee e. sind selbstfrei)

Wanzen! Flöhe! Ungeziefer!

tötet radikal „Diskret“. Zu haben in der Ritter-Drogerie.

empfehlen in bester Qualität Otto Jung.

Bei Trauerfällen benötigte Drucksachen erhalten Sie sauber, rasch und preiswert in der Druckerei dieses Blattes.

Nr. 67
Im Reichstag
Reichswehr
gegen die d
auf ihren
rauf hinwi
der Rechte
Die irisch
Zutreffen
ein Bürge
welch letzte
Da die eng
Ulster steh
getreten, d
ren könnte
rung Regy
erlebt zur
Auswirkun
weil Frank
die absolut
Die C
Bo
Die sachl
Vollstums
kann sich die
recht, vom
Bergewaltig
der Welt, be
Tatsachen, d
Jahre vor de
wir uns halt
muß imperial
Arbeit, die je
jedem Deuts
Grenzen des
gen des deut
Darum sei h
auch manche
ein Bild der
Deutschlan
eine Nare, u
Sprachenschei
fens deutscher
Im We s
uralt, schon
kurze Streck
burg, die Sch
tumsgrenze)
nur 3% Mil
abgetreten, D
Nun kommt d
Dessen weitau
verließ, wie h
weiler und S
gen an der lo
Weiß- und P
Schirmel sht
22,3 Prozent
Welche Berg
hier vor!
Das gleich
Oberösterreich
Tscheden) re
40,7 v. S. S
fremde. Fern
Die Volkstum
Tal deutsch,
Salurn, dieses
mit allen Neb
Nienz, Meran
tal und bei B
Sprachinseln
als ein Dritt
29,4 v. S. S
v. S. Clower